

Märkische Allgemeine

Potsdamer Tageszeitung

Mittwoch, 10. Dezember 2025

Partner im RedaktionsNetzwerk Deutschland 

POS | Nr. 287 | 50. Woche | 80. Jahrgang | 2,90 €



Bäume für Beelitz

Leser und MAZ-Mitarbeiter haben auf einer Waldbrandfläche Traubeneichen und Sandbirken gesetzt. Experten von „Viva la Wald“ haben geholfen. Seite 17

FOTO: JULIUS FRICK



Reiter-Elite kommt nach Neustadt

André Thieme ist ein gern gesehener Gast beim CSI in der Brandenburger Pferdehochburg an der Dosse. Seite 19



Radiohead bereiten ihren Fans ein Fest

Die Band gibt gleich vier Konzerte in Berlin. Zum Auftakt am Montag sorgt sie für unvergessliche Momente. Seite 10

Schärfere EU-Migrationsgesetze: CDU sieht Land unter Handlungsdruck

Einigung in Brüssel: Deutschland wird 2026 und 2027 bei der Aufnahme von Asylbewerbern entlastet – Brandenburgs CDU-Fraktion fordert einheitliche Regeln für Asylbewerber-Meldepflicht

Von Igor Göldner und Sven Christian Schulz

Potsdam. Die EU-Staaten haben sich auf deutlich schärfere, gemeinsame Asylregeln verständigt. Beim Treffen der Innenminister am Montag in Brüssel einigten sie sich auf einen Solidaritätsmechanismus zur Verteilung von Geflüchteten und öffneten zugleich die Tür für Rückführungszentren in Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union. „Es geht um Kurs, Kontrolle und klare Kante, auch in Europa“, sagte Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU).

Zumindest 2026 und 2027 wird die Bundesrepublik keine Geflüchteten aus anderen EU-Staaten übernehmen müssen, da sie in den vergangenen Jahren bereits viele Schutzsuchende aufgenommen hat. Dies kann Deutschland gegenüber Ländern wie Italien und Griechenland in den nächsten zwei Jahren geltend machen, die als Staaten an der EU-Außengrenze unter besonders hohem Migrationsdruck stehen. Voraussichtlich 2028 wird Deutschland

im Rahmen des Solidaritätsmechanismus dann wieder Flüchtlinge übernehmen oder alternativ Unter-



Es wird im Asylbereich durch leichtere Abschiebungen und eine längere Abschiebehaft endlich wieder Ordnung einziehen.

Jan Redmann, CDU-Fraktionschef

stützung im Wert von 20.000 Euro pro Person leisten. Außen-



grenzstaaten wie Italien und Griechenland müssen Asylverfahren für alle neu ankommenden Flüchtlinge durchführen, statt sie wie häufig in der Vergangenheit unkontrolliert weiterziehen zu lassen. Die Einreise von Geflüchteten über die „grüne Grenze“ soll damit nur noch in Einzelfällen geschehen.

Wenn sich bei laufenden und neu aufgenommenen Asylverfahren in Deutschland herausstellt, dass eine Person zuerst in Griechenland oder Italien EU-Boden betreten hat, dann wird diese Person dorthin zurückgebracht. Beide Länder haben gegenüber Berlin jetzt versprochen, diese Asylbewerber zurückzunehmen. Eigentlich ist das schon lange geltendes EU-Recht und als sogenanntes „Dublin-Verfahren“ bekannt. Doch Italien hatte 2022 die Rücknahme nahezu vollständig verweigert. Rückführungen nach Griechenland scheiterten oft an gerichtlichen Ent-

scheidungen. Einfachere Abschiebungen sind ebenfalls Ziel der Vereinbarung. Bisher scheiterten diese häufig, da Herkunftsländer nicht kooperierten. Die EU-Staaten machten am Montag jedoch den Weg frei für Rückführungszentren außerhalb Europas, wo abgelehnte Asylbewerber vorübergehend untergebracht werden sollen. Deutschland könnte beim Aufbau dieser Zentren eine Führungsrolle übernehmen.

Der brandenburgische CDU-Fraktionschef Jan Redmann begrüßte die Einigung der EU-Staaten. „Es wird im Asylbereich durch leichtere Abschiebungen und eine längere Abschiebehaft endlich wieder Ordnung einziehen“, sagte er. Die Entscheidung von Italien und Griechenland, wieder Dublin-Flüchtlinge zurückzunehmen, sei ein „Riesenfortschritt“.

Diese Entscheidung setzt nach seinen Worten auch Brandenburg unter Handlungsdruck. Die Landesregierung habe sich in der Asylpolitik zwar viel vorgenommen, doch vieles sei bis heute nicht eingelöst.

Dem will die CDU im Landtag durch eine eigene Forderung Nachdruck verleihen. Es soll in Brandenburg eine landesweite Regelung für eine monatliche Meldepflicht für abgelehnte Asylbewerber durchgesetzt werden.

„Uns geht es darum, erst mal einen Überblick zu bekommen: Wer ist ausreisepflichtig und wer kann dann auch über diese Meldepflichten einer Ausreise oder einer Abschiebung geführt werden?“ Bislang fehle dem Innenministerium jeder Überblick. Es sei „eine hohe dreistellige Zahl“ von Asylbewerbern untergetaucht, darunter auch sehr viele abgelehnte Asylbewerber. Laut dem CDU-Vorstoß sollen Verstöße gegen die Meldepflicht Leistungseinschränkungen zur Folge haben.

Im Oktober hatte Innenminister René Wilke (SPD) gesagt, die Kommunen seien für die Meldepflicht zuständig und hätten diese noch nicht überall umgesetzt. Die Auflage der monatlichen Meldepflicht sei kompliziert und erfordere „einigen Verwaltungsaufwand“. Seite 7

Krise in der Ost-Chemie: Branche will Gipfeltreffen

Böhlen. Angesichts der Krise in der ostdeutschen Chemieindustrie planen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften in der kommenden Woche einen „Chemie-gipfel Ostdeutschland“. Dabei sollen in Böhlen bei Leipzig fünf Forderungen an die Bundesregierung übergeben werden, um die Chemie-Standorte zu erhalten und die Jobs in der Branche zu sichern. Die Lage sei dramatisch, strukturelle Verbesserungen müssten her, erklärte Nora Schmidt-Kesseler, Hauptgeschäftsführerin der Nordostchemie-Verbände. Dazu zählten wettbewerbsfähige Energiepreise und schnellere Genehmigungsverfahren.

Zu dem Treffen am 15. Dezember werden nach Gewerkschaftsangaben die Wirtschaftsminister von Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt erwartet. Die Forderungen an die Bundesregierung sollen an die Ostbeauftragte Elisabeth Kaiser übergeben werden.

Laut Gewerkschaft IG BCE arbeiten in der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Ostdeutschland rund 63.000 Menschen. Die Kapazitäten seien nur zu 70 Prozent ausgelastet.

„Jetzt hoffen wir, dass sie gut anwachsen“

Leser und Mitarbeiter der MAZ pflanzen mehr als 650 Bäume auf Beelitzer Waldbrandfläche

Von Anna Sprockhoff

Die Hoffnung liegt auf Traubeneiche und Sandbirke: Mehr als 650 Setzlinge der beiden Baumarten hat die MAZ am Montag gemeinsam mit Leserinnen und Lesern auf der Waldbrandfläche am Beelitzer Stadtrand gepflanzt. Die Aufforstung der Fläche – nahezu kahl, sandig und schutzlos der Sonne ausgesetzt – ist für Stadtförster Martin Schmitt eine Herausforderung. Alleine nicht zu bewältigen.

Die Initiative „Viva la Wald“ hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, die Wiederaufforstung der rund 200 Hektar Waldbrandfläche zu unterstützen. Das Team sammelt Spenden und organisiert regelmäßig Pflanzaktionen. So auch am Montag, gemeinsam mit Mitarbei-

tern sowie Leserinnen und Lesern der MAZ.

Besonders engagiert haben sich



Leser haben die MAZ-Baumpflanzaktion in Beelitz unterstützt.

bei der Aktion das Linedance-Team „Wild Boots“ der SG Beelitz. Trainiererin Chris – „Nachname braucht es



Barbara Flügel und Daniela Walla im Einsatz bei der MAZ-Baumpflanzaktion in Beelitz. FOTOS: JULIUS FRICK

nicht“ – hat im Vorfeld der Aktion ordentlich getrommelt, das Ergebnis ist eine Spende von 120 Setzlin-

gen, fünf Euro das Stück. Gemeinsam mit einigen Mittänzerinnen packt sie beim Pflanzen mit an. Abstand zwischen den Bäumchen: drei Fuß.

Zwei bis drei Jahre alt sind die Setzlinge, gezogen in regionalen Forstbauschulen. „Die kennen damit die Gegebenheiten in Brandenburg, also hoffen wir, dass sie gut anwachsen“, sagt Frederik Rentsch vom Projekt „Viva la Wald“. Die recht enge Pflanzung rechnet den Ausfall – erfahrungsgemäß 30 bis 40 Prozent – mit ein. „Die Stärkstensetzen sich durch“, sagt Rentsch.

Als 2020 der Waldbrand ausbrach, brannten vor allem Kiefern. „Eine Plantage, kein Wald“, sagt Rentsch. Die Monokultur habe das Feuer befördert: „Die vielen Kiefernadeln auf dem Boden, da reichte

ein Funke aus und alles brannte wie Zunder.“ In einem resistenten Mischwald hätte das Feuer weniger Chancen gehabt.

Nun ist die Herausforderung, eine Fläche zu bepflanzen, auf der kein Baum mehr steht. „Normalerweise baut man die Wälder nach und nach um, nimmt Kiefern raus und pflanzt Laubbäume nach.“ So wachsen die jungen im Schutz der alten Bäume. „Diesen Schutz haben wir hier nicht, das macht es deutlich schwieriger.“

Die Hoffnung liegt also auf Traubeneiche und Sandbirke: Beide Laubbaumarten sind trockenheits-tolerant und spielen eine wichtige Rolle bei der Wiederbewaldung und Aufforstung von Flächen. In Beelitz ist der Anfang für ein weiteres Stück Wald gemacht.